

Anatomie des demokratischen Sozialismus

Warum ein langer verhängnisvoller Weg endlich gestoppt werden muss

von Thorsten Polleit

Thorsten Polleit, Jahrgang 1967, ist Chefvolkswirt der Degussa sowie Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Seine Website: thorsten-polleit.com.

Für das „Establishment“, die „Elite von Davos“, war die Wahl von Donald J. Trump am 8. November 2016 zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine böse Überraschung. Schließlich war er unter dem Slogan „Make America Great Again“ angetreten, um ihre Macht zurückzudrängen, die Korruption im Politikapparat zu beenden („Draining the Swamp“) und den „tiefen Staat („Deep State“) zurückzubauen. Der Wählerwille, der Trump ins Präsidentenamt gehoben hat, war gegen den „politischen Globalismus“ gerichtet: die seit Jahrzehnten wuchernde Ideologie des „demokratischen Sozialismus“, die ihre Anhänger antreibt, die Geschicke der Menschheit nicht durch das System der freien Märkte gestalten zu lassen, sondern politisch zu lenken trachtet.

Der demokratische Sozialismus will den Sozialismus nicht durch plötzlichen gewalttätigen Umsturz, sondern nach und nach über parlamentarische Mehrheiten errichten. Das Eigentum der Produktionsmittel gibt er zwar formal vor, zu erhalten. Aber niemand soll mehr ein hundertprozentiges alleiniges Anrecht auf die Früchte seiner Arbeit und seines Eigentums haben. Vielmehr wird der Eigentümer dazu verpflichtet, einen Teil seiner Erträge in Form von Steuern an den Staat abzutreten. Zudem wird seine Verfügungsgewalt über sein Eigentum durch eine Vielzahl von Ge- und Verboten, Gesetzen, Verordnungen und Regulierungen eingeschränkt.

Wie alle Sozialisten erheben auch die demokratischen Sozialisten einen Weltgeltungsanspruch. Aus ihrer Sicht genügt es nicht, wenn die von ihnen angestrebte Gleichheit nur in ihrem Land erreicht wird. Sie wollen ihrem Gleichheitsideal und ihrem Machtanspruch überall zum Durchbruch verhelfen. Deshalb kann der demokratische Sozialismus keine Systemkonkurrenz dulden. Erheben beispielsweise die demokratischen Sozialisten nur in ihrer Region Steuern, drohen Unternehmen und Talente in andere Teile der Welt abzuwandern, in denen sie nicht so hoch besteuert werden. Dann gehen den demokratischen Sozialisten Steuereinnahmen und Herrschaftsmacht verloren.

Wie lässt sich der unerwünschte Wettbewerb zwischen den Regionen der Welt ausschalten? Eine Möglichkeit ist die Kartellbildung zwischen Staaten. Doch ein Kartell ist bekanntlich instabil: Die leistungsfähigen Staaten haben ei-

nen Anreiz, aus dem Kartell mit den weniger leistungsfähigen auszusteigen. Stabil wird die Front gegen den Standortwettbewerb zwischen den Weltregionen erst dann, wenn es gelingt, eine Einheitsregierung, eine zentrale Weltherrschaft, einen Weltstaat zu errichten.

Doch dem stehen bislang noch große Hürden entgegen, insbesondere in Form der Nationen beziehungsweise Nationalstaaten. Der Grund: Ein demokratischer Sozialismus unter einheitlicher Führung zieht weitreichende internationale Umverteilungen von Einkommen und Vermögen nach sich. Dem werden sich die Menschen, solange sie sich unterschiedlichen Nationen zugehörig fühlen, widersetzen.

Die demokratischen Sozialisten könnten zwar auf die Idee kommen, die nationalen Unterschiede in den Bevölkerungen durch politisch gesteuerte Wanderungen zu verringern. Das jedoch ist ein schwieriges, langwieriges, vielleicht auch unerreichbares Unterfangen, wenn das Demokratieprinzip nicht aufgegeben werden soll. Denn in Gebieten, in denen sich die Menschen durch unterschiedliche Sprachen, Gebräuche und Religionen auszeichnen, wirkt die Demokratie nicht etwa Frieden stiftend, sondern konfliktfördernd.

Für Minderheiten wird die Demokratie bekanntlich zu so etwas wie einer Fremdherrschaft, die in den Händen der Mehrheit liegt. In Gebieten, die eine relative homogene Bevölkerungszusammensetzung aufweisen, lassen sich die damit verbundenen Probleme meist noch bewältigen – weil die Mehrheit die Interessen der Minderheit nicht ganz aus den Augen verliert. In Gebieten jedoch, in denen die Menschen kein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl haben, wird die Demokratie zur Quelle großer Streitigkeiten.

Weitaus aussichtsreicher ist da das Schaffen einer Einheitswährung, deren ökonomische Folgen die teilnehmenden Nationalstaaten letztlich unter eine einheitliche Führung zwingen. Der erste Schritt in diese Richtung ist den demokratischen Sozialisten in Europa bereits gelungen: Anfang 1999 haben elf Nationen ihre Währungen gegen die Euro-Einheitswährung eingetauscht. Was „im Kleinen“ geklappt hat, lässt sich natürlich auch „im Großen“ praktizieren. An Vorschlägen, wie man dabei vorgehen kann, mangelt es nicht.

„Es gibt keine globale Hymne, keine globale Währung, keinen Ausweis für globale Weltbürger.“ So sprach US-Präsident Donald J. Trump am 1. Dezember 2016 zu seinen Anhängern im US-Bundesstaat Ohio.

So tritt etwa der kanadische Ökonom Robert Mundell für das Schaffen der Weltwährung „Intor“ ein, indem die großen Währungen der Welt – US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi und japanischer Yen – gegenüber dem Intor fixiert und nachfolgend durch eine einheitliche Geldpolitik gesteuert werden. Auch andere Währungen sollen später im Intor aufgehen können.

Viele Zentralbanken sind drauf und dran, digitales Zentralbankgeld („Central Bank Digital Currency“) anzubieten. Der ehemalige Gouverneur der Bank von England, Mark Carney, hat sich jüngst für das Schaffen einer Weltwährung in Form einer „synthetischen hegemonialen Währung“ („Synthetic Hegemonic Currency“) ausgesprochen. Nicht zuletzt, um zu verhindern, dass private Angebote von Firmen, die Kryptowährungen oder Stablecoins auf den Markt bringen, wie sie etwa das soziale Netzwerk Facebook mit der Libra plant, das staatliche Geldmonopol erodieren und ein staatliches Weltgeld unerreichbar machen.

Die demokratischen Sozialisten setzen alles daran, die Herrschaft über das Geld bei den staatlichen Zentralbanken zu belassen beziehungsweise das künftige Weltgeld einer politisch kontrollierten Weltzentralbank zuzuschancen. Doch was wäre so schlimm daran, wenn es künftig nur noch ein Weltgeld gäbe? Eine mehr als berechtigte Frage. Denn ein Geld auf der Welt wäre für sich genommen ökonomisch zunächst einmal großartig: Wenn alle mit demselben Geld handeln, wird die produktive Kraft des Geldes bestmöglich ausgeschöpft. Nun ist dabei aber ganz entscheidend, wer das Weltgeld produziert. Wenn nicht der freie Markt darüber entscheidet, was das Weltgeld sein soll (also Gold, Silber oder vielleicht eine Kryptoeinheit), sondern die Staaten darüber befinden, dann ist Gefahr im Verzug. Denn die Staaten wollen natürlich ein beliebig vermehrbares Welt-Fiatgeld aus der Taufe heben: ein Geld, das sich für politische Steuerungs- und Lenkungsphantasien einsetzen lässt. Solch ein Fiat-Weltgeld wäre nicht nur mit allen ökonomischen und ethischen Defekten behaftet, die die nationalen Fiat-Währungen auszeichnen. Die Schäden, die es verursacht, würden zudem auch noch kolossal potenziert.

Die disziplinierende Kraft des Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen Währungen entfällt fortan, und daher wäre ein Welt-Fiatgeld inflationärer als die nationalen Fiat-Währungen: Die Weltzentralbank, die das Fiat-Weltgeld herausgibt, müsste nicht befürchten, dass die Geldverwender auf andere Währungen ausweichen – denn es gäbe ja keine Konkurrenz mehr.

Mächtige Interessengruppen könnten die Weltzentralbank besonders einfach für ihre Belange einspannen. Regie-

rungen hoch verschuldeter Staaten würden darauf drängen, dass die Zentralbank den Weltleitzins möglichst niedrig setzte. Denn dadurch könnten sie sich weiterhin billig verschulden, mit kreditfinanzierten Ausgaben Wählerstimmen kaufen, um ihre Macht zu erhalten und auszuweiten.

Es wäre ein Leichtes für eine Weltzentralbank, das Bargeld abzuschaffen – und dann wäre es nicht nur endgültig um die finanzielle Privatsphäre der Menschen geschehen. Die Bürger wären damit auch der finanziellen Repression durch Negativzinsen schutzlos ausgeliefert – und die verschuldeten Staaten könnten rücksichtslos von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich per Negativzinspolitik auf Kosten der Gläubiger zu entschulden.

In Krisen, für die das Fiat-Geld sorgt, müssten die Nationen auf Selbstbestimmungsrechte verzichten, um von der Weltzentralbank durchfinanziert zu werden. Der „Rettung“ von Griechenland und anderer Länder in der Euro-Krise, die deren nationale Souveränität erheblich einschränkte, mag hier wegweisende Bedeutung zukommen. Ein Fiat-Weltgeld nimmt also den Nationalstaaten ihre Selbstbestimmung, überträgt ihre legislativen, judikativen und exekutiven Zuständigkeiten an supranationale Instanzen.

Ist aber eine Weltwährung politisch überhaupt durchsetzbar? Einiges spricht dafür. Zunächst einmal haben die demokratischen Sozialisten ein gewichtiges Argument auf ihrer Seite: dass nämlich nur ein Geld für die Welt in der Tat optimal ist.

Zudem ist zu bedenken, dass viele Menschen die Idee unterschreiben, dass die drängenden Probleme der Zeit – wie Terrorismus, Umweltschutz und Finanz- und Wirtschaftskrisen – nur noch durch internationale Kooperation zu lösen seien. Daher lässt sich der Öffentlichkeit die Vorteilhaftigkeit einer Weltwährung auch schmackhaft machen: Ein Weltgeld sei besser als das Nebeneinander vieler nationaler Währungen. Vor allem eine neue weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise könnte die Bedingungen schaffen, unter denen eine Weltwährung vom Stapel gelassen werden könnte: Die Weltwährung ist die Rettung des ungedeckten Papiergeldsystems, die Abwehr des großen gefürchteten Crashes!

Und nicht zuletzt ebnet die Demokratie selbst den Weg zu Weltwährung und Weltstaat, wie das „eherne Gesetz der Oligarchie“ befürchten lässt, das der Soziologe Robert Michels (1876-1936) im Jahr 1911 formuliert hat. In Demokratien, so Michels, bilden sich Parteien heraus. Parteien sind Organisationen, und sie bedürfen der festen Führung. Die übernimmt eine Gruppe von Menschen, die den unbedingten Willen zur Macht hat. Über kurz oder lang

sind sie es, die wenigen, die den Parteiapparat beherrschen. Es bildet sich eine oligarchisierte Elitenherrschaft heraus. Weil sie den Parteiapparat beherrscht, kann sie sich meist auch gegen Kritik von innen und außen wirksam abschirmen. Die Partei-Eliten beginnen, eigene Ziele zu verfolgen, kooperieren mit Lobbygruppen („Big Business“), entfernen sich vom Partei- und Wählervotum. Die Demokratie – wenn man sich von ihr die Selbstbestimmung der Wähler erhofft – ist eine große Illusion, so Michels. Es bildet sich ein Kartell zwischen den Parteien heraus, das den Weg zur Oligarchisierung der Demokratie ebnet und den Parteioligarchen weitgespannte Handlungsspielräume eröffnet.

Extreme Politiken lassen sich auf diese Weise umsetzen, die auf basisdemokratischem Wege nicht so ohne Weiteres möglich wären – wie zum Beispiel der Abbau nationalstaatlicher Souveränität zugunsten supranationaler Gremien oder die „Politik der offenen Grenzen“.

Die demokratischen Sozialisten bilden internationale Kameradschaften und verleihen dem „politischen Globalismus“ besondere Durchschlagskraft. Er trägt untrüglich die Handschrift der oligarchisierten Demokratie: Kleine Gruppen fällen weitreichende Entscheidungen, nicht selten in Hinterzimmern; Sonderinteressengruppen heimsen Privilegien ein; Parlamentarier sind willige Steigbügelhalter der oligarchisierten Herrschaft.

Die Verlagerung der Souveränität von den nationalen Parlamenten auf supranationale Institutionen ist das Resultat, und der Wähler verliert die Kontrolle. Ideologen in den Regierungsbänken und Sonderinteressengruppen übernehmen das Ruder. Sie können – gerade auch durch ihren Einfluss auf das Geldsystem – die Bedingungen schaffen, die den Übergang von den nationalen Währungen in eine Weltwährung ermöglichen.

Genauso wie sich die Vereinheitlichung der Währungen Schritt für Schritt einstellt, so bildet sich auch die Welt herrschaftsinstanz heraus. Ihre Anfänge liegen vermutlich in Institutionen wie der „G20“, die zu einem „Welt-Rat“ ausgebaut wird. Nationale Souveränitätsrechte werden nach und nach abgegeben und auf supranationale Instanzen übertragen. Ist der Weg zu Fiat-Weltgeld und Weltstaat also vorgezeichnet? Er wäre das (handlungs-) logische Ergebnis des bisherigen Entwicklungspfades, sollte dem demokratischen Sozialismus, wie er sich in den vergangenen Jahrzehnten durchgesetzt hat, nicht Einhalt geboten werden und die Menschen sich nicht begeistern für ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, in dem das Eigentum eines jeden an Leib und Gut nicht mehr infrage gestellt und relativiert, sondern unbedingt respektiert wird.

Man mag einwenden: Die USA, Europa, China und Russland werden doch nicht kooperieren; und deswegen wird es auch nicht zu einer Weltwährung und zu einem Weltstaat kommen. Man sollte jedoch die aggressive Expansionsdynamik der Staaten nicht unterschätzen! Der mächtige Staat wird die weniger mächtigen unterwerfen, mit militärischen oder wirtschaftlichen Mitteln. Oder der Interessengleichklang der Machteliten wird bestehende Differenzen überwinden und einen Schulterchluss zwischen ihnen hervorbringen, der Weltgeld und Weltstaat Realität werden lässt.

Ein Gegenmodell zum demokratischen Sozialismus, das auf Freiheit statt Gleichheit und auf Wettbewerb statt Harmonisierung setzt, ist die Privatrechtsgesellschaft. Die Ökonomen Murray N. Rothbard (1926-1995) und Hans Hermann Hoppe haben bereits richtungsweisende Ausarbeitungen zur Privatrechtsgesellschaft, die sich durch den unbedingten Respekt gegenüber dem Privateigentum auszeichnet, in ihren Werken vorgelegt. Eine Welt, in der es kein Nebeneinander mehr gibt von öffentlichem und privatem Recht, sondern in der für alle das gleiche Recht, das Privatrecht, gilt.

„Es gibt keine globale Hymne, keine globale Währung, keinen Ausweis für globale Weltbürger.“ So sprach US-Präsident Donald J. Trump am 1. Dezember 2016 zu seinen Anhängern im US-Bundesstaat Ohio. Damit teilte er den „politischen Globalisten“, dem „Establishment“, der „Elite von Davos“, eine klare Absage. Er hat inzwischen einigen Sand in das Getriebe der demokratischen Sozialisten geworfen. Doch ob das ausreicht, die zu stoppen?

Die Coronavirus-Krise 2020 hat nun unmissverständlich gezeigt, dass auch Präsident Trump alles daransetzt, das Finanz- und Wirtschaftssystem, das der demokratische Sozialismus maßgeblich hervorgebracht hat, vor dem Kollaps zu bewahren. Auch er scheut davor zurück, sich der Machtdynamik, die das weltweite Fiat-Geldsystem entfaltet, in den Weg zu stellen, lässt den Staat nun sogar noch stärker wuchern. Gleiches lässt sich in anderen Regionen der Welt beobachten.

In einer zusehends miteinander verzahnten Welt ist es nur noch eine Frage der Zeit, dass über die Weltwährung zu befinden ist. Und erst wenn die Menschen einsehen, dass der demokratische Sozialismus, wenn man sich nicht von ihm abkehrt, den Weg in Richtung Weltwährung und Weltstaat ebnet, ist auch der Vormarsch des demokratischen Sozialismus und der Dystopie, die er heraufbeschwört, gestoppt. ○